

Motion Fraktion SVP (Alexander Feuz, SVP): Stopp der geplanten Einschränkungen der Pauli-Zustellungen in Bern! Stopp unnötiger Ressourcenverschwendung!

Die Stadt Bern plant die Haustürzustellung für Pakete durch die Post einzuschränken.

Dieses Vorhaben setzt voraus, dass die entsprechenden Bundesgesetze geändert werden müssten. Der frühere SP Präsident und jetzige Verwaltungsratspräsident der Post lehnt dieses Vorhaben klar ab. Zudem steht es im Widerspruch zu eigenen Planungen der Stadt Bern.

https://www.blick.ch/politik/post-praesident-lverat-nimmt-stellung-zu-berns-paeckli-plaenen-die-wirtschaft-gibt-uns-den-takt-vor-id18076838.html?utm_source=campaign&utm_medium=email&utm_campaign=share-button&utm_term=blick_app_ios:

«Ich verstehe die Sorge um die Nachhaltigkeit, aber der Weg ist der falsche. Die Leute wollen die Pakete zu Hause haben. Wir wollen zu unseren Kunden, und ausserdem sind wir gesetzlich verpflichtet, in der ganzen Schweiz die Zustellung an die Tür zu gewährleisten – auch in der Stadt Bern.

Was Sie beschreiben, ist genau das Modell der Post in Zürich. Wir haben Mikrobasen in der Stadt, die wir nachts bedienen. Von da an können wir die Päckli mit Elektrofahrzeugen bis an die Haustüren ausliefern. Hier im Sortierzentrum Ostermundigen, wo wir auch Pakete für die Stadt verarbeiten, schaffen wird gerade 70 Elektroautos an.»

Die finanzielle klamme Stadt Bern darf nicht vorpreschen und ihre Ressourcen und das Steuersubstrat für sinnlose Planungen vernichten. Es befremdet, dass die Stadt plant ohne sich über den Stand der Entwicklung des Paketzentrum Ostermundigen zu informieren.

Der Gemeinderat wird deshalb aufgefordert die folgenden Massnahmen zu planen und zu realisieren:

1. Der Gemeinderat habe sofort die Planung der Einschränkung der Haustür-Paketzustellung durch die Post zu stoppen, soweit diese eine vorgängige Änderung der entsprechenden Bundesgesetze erfordert und der Planung der Post entgegensteht;
2. Arbeiten durch Angestellte der Stadt Bern an diesem Projekt, soweit diese Einschränkungen der Zustellung durch die Post vorsieht sind unverzüglich einzustellen;
3. Allfällig bestehende Verträge mit Dritten, die vorsehen, dass die Paketzustellung durch die Post eingeschränkt werden kann, sind anzupassen;
4. Die weitere Planung an der Logistik der Wareneinstellung sei mit den wichtigen Akteuren zu koordinieren.

Begründung der Dringlichkeit

Die Stadt muss sparen. Angesichts der eigenen weit gediehenen Projekte der Post und der Gesetzeslage sind die entsprechenden Pläne des Gemeinderates, die auf eine Aufhebung der Postzustellung durch die Post hinzielen, abstrus. Sie führen zu einer Ressourcenvernichtung und zur frivolen Verschwendung von Steuergeld. Es besteht die Gefahr, dass die Stadt ein utopisches eigenes System entwickelt und die Gesetze dafür nicht geändert werden. Es besteht somit wachsender Schaden und es gilt auch allfällige Verträge mit Dritten rechtzeitig anzupassen, um die Kosten für den Steuerzahler zu minimieren. Durch ein Zuwarten riskiert die Stadt, dass unnötig Gelder ausgegeben werden.

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Bern, 24. November 2022

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz

Mitunterzeichnende: Janosch Weyermann, Thomas Fuchs